



Suchergebnisse: Kreta

1526 – Die Herzöge Wilhelm IV. und Ludwig X. erlassen eine „Ordnung der Klaider“

München - Landshut * Von den Herzögen Wilhelm IV. und Ludwig X. wird im wiedervereinigten Baiern erneut eine „Ordnung der Klaider“ mit dem Untertitel „Von Überflüßigkeit der Klaider“ erlassen. Diese mit den Landständen abgestimmte Bekleidungsvorschrift ist sehr umfangreich und ausführlich. Sie teilt die bayerische Bevölkerung in 17 Gruppen ein, was jedoch keine rangmäßige Einstufung bedeutet. So bilden die Frauen und Töchter des Adels, der Patrizier-Geschlechter, der Kaufleute und reichen Bürger sowie der Handwerksmeister jeweils eine eigene Gruppe. Die dem „Hofgesindt“ zugerechneten oberen Beamten wie die fürstlichen Räte und die nicht-adeligen Sekretäre sind mit den Patrizier-Bürgergeschlechtern gleichgestellt. Der ebenfalls zum „Hofgesindt“ gehörende höhere Beamtenstand, wozu die fürstlichen Pfleger, Richter, Kastner, Mautner, Zöllner, Ungelter, Forstmeister, oberste Jäger, Futterschreiber, Küchenschreiber und Mundköche gehören, sind kleidungstechnisch im selben Rang wie die Kaufleute und die reichen Bürger. Der gemeine Bürger ist dem Handwerksgehilfen und der Tagelöhner dem Bauern gleichgestellt. Das ergibt insgesamt acht Standesgruppen.

23. Mai 1618 – Die Delinquenten werden defenestriert und landen auf dem Misthaufen

Prag * Die Ständevertreter begeben sich in das Schloss auf dem Hradschin, um die kaiserlichen Beamten zur Rede zu stellen. Es kommt zu einem heftigen Streit, in dessen Folge die Aufständischen zwei Statthalter Ferdinands samt deren Sekretär aus einem Fenster der Burg werfen. Doch die katholischen Statthalter überleben, was in der katholischen Propaganda umgehend zu einer Engels- und Marienerscheinung und damit zu einem Wunder umgedeutet wird. Weniger pathetische Stimmen sprechen von einem Misthaufen der den Sturz abgemildert hat. Doch auch einen Misthaufen hätten - nach einem freien Fall aus 18 Metern Höhe - drei Ungeübte nicht so leicht überstanden, dass sie hinterher noch in der Lage gewesen wären wegzulaufen. Die Lösung liegt wahrscheinlich an der unter dem Fenster schräg verlaufenden Wand. Durch die kleinen Fenster konnten die Delinquenten nicht mit Schwung „defenestriert“ werden und so nach unten rutschen. Die Ereignisse auf der Prager Burg stilisieren die katholischen Propagandisten zur Staatsaffäre hoch. Der Prager Fenstersturz ist die Initialzündung für den Dreißigjährigen Krieg.



1683 – Ventura Terzago gehört Schloss Stepperg

Bogenhausen * Schloss Stepperg befindet sich im Besitz des kurfürstlichen Rats und Geheimsekretärs Ventura Terzago. Die weitere Geschichte des Anwesens ist bislang nur bruchstückhaft erforscht, doch steht fest, dass es mehrfach den Besitzer wechselte und zunehmend zum Spekulationsobjekt wird.

5. Mai 1718 – Das Schloss Suresnes wird ein Adelssitz mit Niedergerichtsbarkeit

Schwabing * Kurfürst Max Emanuel lässt das Schlösschen seines Geheimen Rats und Kabinettssekretärs Ignaz von Wilhelm unter dem Namen Sourenne zu einem adeligen Sitz erheben und mit der Niedergerichtsbarkeit ausstatten. Das Schloss mit seinem Garten an der Werneckstraße in Schwabing ist noch erhalten und trägt den Namen Suresnes.

19. Februar 1727 – Kölns Kurfürst Clemens August erhält Schloss Suresnes zur Nutzung

Schwabing * Mit einem Vertrag überlässt der Geheime Rat und Kabinettssekretär Franz Xaver Ignaz von Wilhelm sein in Schwabing gelegenes Schloss Suresnes dem Kölner Kurfürsten Clemens August zur Nutzung. Dafür erhält Wilhelm das Nutzungsrecht am Schloss Ammerland am Starnberger See „mit der Jagd, der Fischerei und der Gärtnerei“. Die Eigentumsrechte und Unterhaltungspflichten an beiden Schlössern bleiben durch diesen Vertrag unangetastet. Über die Hintergründe des Nutzungstausches gibt es keine Unterlagen. Die Vermutung ist naheliegend, dass der Kölner Fürstbischof eine verschwiegenes Absteigequartier nahe Münchens für seine amourösen Vergnügungen sucht. Der prachtliebende und den Freuden des Lebens sehr zugetane Fürst, der aufgrund seiner fünf Bistümer auch „Monsieur de Cinq-Eglises“ genannt wird, ist bis zum Todesjahr des Geheimen Rats Franz Xaver Ignaz von Wilhelm, 1741, Hausherr auf Schloss Suresnes.

1. Oktober 1728 – Johann Wolfgang Paur kauft Hellabrunn

Giesing * Graf Maximilian Joseph von Preysing verkauft das Anwesen „jenseits der Birkenleiten“ an den Hofkammersekretär und Gejaldschreiber Johann Wolfgang Paur.

August 1735 – Der Weg zur neuen Berg am Laimer Michaelskirche



Berg am Laim * Die Planungen für den Neubau der Michaelskirche in Berg am Laim beginnen. Da Kurfürst Clemens August durch seine Aufgaben in den Bistümern Köln, Hildesheim, Osnabrück, Paderborn und Münster sowie in seiner Deutschordensresidenz Mergentheim stark beansprucht ist, überträgt er die Leitung des Bauvorhabens seinem Hofmarkverwalter in Berg am Laim und Bruderschaftssekretär Franz de Paula Würnzl. Spätestens zu diesem Zeitpunkt lässt Würnzl bei dem Augsburger Kupferstecher Simon Thaddäus Sondermayr einen Entwurf des geplanten Kirchenbaus veröffentlichen. Der Kupferstich dient als Grundlage für eine groß angelegte Sammelaktion im gesamten Heiligen Römischen Reich zur Finanzierung des Neubaus. In dem dazu verbreiteten Prospekt wird angekündigt, anstelle der bisherigen, zu klein gewordenen Erzbruderschaftskapelle St. Michael zu Josephsburg eine größere und repräsentativere Haupt- und Mutterkirche zu errichten. Möglicherweise basiert der veröffentlichte Entwurf auf einer Zeichnung Franz de Paula Würnzls selbst. Vorgesehen ist eine Kirche mit einer Einturmfassade, die bereits die Bedeutung des geplanten Neubaus erkennen lässt.

11. Februar 1737 – Zustimmung aus Köln für die neue Michaelskirche

Köln - Berg am Laim * Der Kölner Erzbischof und Kurfürst Clemens August erteilt seine offizielle Zustimmung zum Neubau der Michaelskirche in Berg am Laim. Mit diesem wichtigen Schritt erhält das Bauvorhaben die notwendige kirchliche Legitimation. Anschließend bemüht sich Bruderschaftssekretär Franz de Paula Würnzl darum, auch das Konsilium der Erzbruderschaft von den Planungen zu überzeugen und dessen Unterstützung für das Vorhaben zu gewinnen.

6. September 1737 – Finanzielle Bedenken gegen das Bauvorhaben

Berg am Laim * Bruderschaftssekretär Franz de Paula Würnzl informiert die Mitglieder der Michaels-Bruderschaft über die Pläne für einen Neubau der Kirche in Berg am Laim. Da er jedoch die bereits laufende Sammelaktion zur Finanzierung des Vorhabens nicht offenlegt, stößt das Projekt auf Ablehnung. Die Verantwortlichen der Bruderschaft verweisen auf die begrenzten finanziellen Mittel und erklären, dass man mit den derzeit in der Kasse befindlichen 400 Gulden nicht in der Lage sei, ein derart umfangreiches Bauvorhaben zu verwirklichen. Statt eines vollständigen Neubaus halten sie eine Erweiterung der bestehenden Michaelskapelle für ausreichend.

25. September 1737 – Von den Widerständen unbeeindruckt



Berg am Laim * Von den Widerständen gegen das Bauvorhaben lässt sich Bruderschaftssekretär Franz de Paula Würnzi offenbar nicht beeindrucken. Er treibt die Vorbereitungen für den Neubau der Michaelskirche entschlossen voran und veranlasst die Anlieferung von Baumaterialien sowie die Errichtung von Bauhütten. Zu diesem Zeitpunkt liegen ja bereits die Baupläne des Architekten Johann Michael Fischer vor. Diese werden in enger Abstimmung mit François Cuvilliers überarbeitet und aktualisiert. Clemens August kennt Cuvilliers bereits von dessen Arbeiten an den Schlossbauten in Brühl und schätzt ihn als einen seiner bedeutendsten Baumeister. In Kurköln trägt Cuvilliers den Titel des Ersten Baumeisters.

22. Dezember 1737 – Machtkämpfe um den Neubau der Michaelskirche

Berg am Laim * Das Konsilium der Erzbruderschaft beauftragt Bruderschaftssekretär Franz de Paula Würnzi schließlich doch mit dem Abschluss eines Bauvertrags mit Johann Michael Fischer. Gleichzeitig lässt der Freisinger Fürstbischof Johann Theodor, Bruder des Bauherrn Clemens August, die Planungen in Berg am Laim heimlich überwachen. Mit dieser Aufgabe betraut er den Dekan der Münchner Peterskirche, Dr. Anton Cajetan von Unertl.

28. Oktober 1738 – Freising fordert einen Finanzierungsnachweis

Berg am Laim * Der Geistliche Rat von Freising verlangt einen Bericht über die Finanzierung des Kirchenneubaus und die derzeit verfügbaren Gelder des Bruderschaftssekretärs Franz de Paula Würnzi.

1. Mai 1744 – Neuer Streit um die kirchliche Zuständigkeit

Berg am Laim * Die noch unvollendete Michaelskirche in Berg am Laim wird durch den Baumkirchner Pfarrer Nikolaus Praschler benediziert und für den Gottesdienstgebrauch freigegeben. Nach der Übertragung des Bruderschaftsaltars und des Opferstocks aus der alten Hofkapelle untersagt das Freisinger Ordinariat deren Profanation. Damit flammt der bereits überwunden geglaubte Zuständigkeitsstreit zwischen Kurköln und Freising erneut auf.

Februar 1777 – Benjamin Thompson wird Sekretär für die Provinz Georgia

Georgia * Benjamin Thompson wird in London Sekretär für die Provinz Georgia. Das



unbedeutende Ehrenamt ist mit einem ansehnlichen Jahresgehalt von einhundert Pfund dotiert.

1778 – Benjamin Thompson wird Unterstaatssekretär für die amerikanischen Kolonien

London * Benjamin Thompson erhält in London das Amt eines Unterstaatssekretärs für die amerikanischen Kolonien.

September 1780 – Thompson wird Unterstaatssekretär für die britischen Kolonien

London * Benjamin Thompson wird zum Unterstaatssekretär für die britischen Kolonien ernannt.

1781 – Thompson legt seinen Posten als Unterstaatssekretär nieder

London * Benjamin Thompson legt seinen Posten als Unterstaatssekretär für die britischen Kolonien überraschend nieder.

1785 – Kurfürst Carl Theodor lässt den Rittersitz Biederstein erbauen

Schwabing * Kurfürst Carl Theodor lässt für seinen Kabinettssekretär und - vermutlich - illegitimen Sohn Stephan Freiherr von Stengel den Rittersitz Biederstein erbauen.

17. Dezember 1785 – Kurfürst Carl Theodor beschenkt Stephan von Stengel

Schwabing * Kurfürst Carl Theodor überlässt den „gefreiten Sitz zu Manns- und Weibsritterlehen“ seinem Geheimen Kabinettssekretär Stephan von Stengel. Stengel erweitert seinen Besitz durch Zukäufe und nennt seinen Rittersitz mit Niedergerichtsbarkeit künftig Schloss Biederstein.

April 1840 – Adolf Friedrich von Schack tritt in Mecklenburgische Dienste ein

Mecklenburg * Adolf Friedrich von Schack wird Kammerjunker des Großherzogs Paul Friedrich von Mecklenburg und Legationssekretär bei der Mecklenburgischen Bundestagsgesandtschaft in Frankfurt am Main.



3. November 1858 – Die Maximilianstraße, Münchens teuerster Boulevard

München-Graggenau - München-Lehel * Der neue Boulevard erhält die offizielle Bezeichnung Maximilianstraße. Es ist eine großartige Straßenachse entstanden, die in der deutschen Architektur des 19. Jahrhunderts keinen Vergleich zu scheuen braucht. Die Münchner sind allerdings weniger mit den neugotischen Fassadenvorstellungen Friedrich Bürkleins einverstanden und so hagelt es durchwegs vernichtende Kritik am neuen Baustil. Leo von Klenze schreibt unter anderem: „Der Einfluß des Hofsekretärs Hofmann für seinen Freund Bürklein [...] bewirkte nun, daß der König sich der Illusion hingab, ein gewisses architektonisches Ragout, ein Mixtum compositum, welches ihm der Baurath Bürklein servierte, für einen wirklich neuen Baustyl anerkennen zu dürfen, dasselbe den maximilianischen Styl taufte und seine Anwendung bei allen nur aufzufindenden Gelegenheiten durch eigene Verordnung befahl.“ Noch erbarmungsloser fällt die Kritik des Ex-Königs aus: „Was man da gebaut hat“, sagt Ludwig I. zu Leo von Klenze, „ist das Abscheulichste, das ich kenne“ und weigert sich strikt, die Konkurrenz seiner Prachtstraße zu besich---tigen. Doch in der Maximilianstraße, immerhin „Münchens teuerstem Boulevard“, pulsiert das großstädtische Leben - im Gegensatz zur menschenleeren, sterilen, verkehrsreichen und autobahnähnlichen Ludwigstraße. Dass es zu der teilweise vernichtenden Kritik am Maximilianischen Stil kommt, liegt zu einem erheblichen Teil an dem ewig zaudernden und unsicheren Bayernkönig Max II., indem er mitten im Bau der Maximilianstraße die Konzeption abändert. So lässt er das fast fertiggestellte Taubstummeninstitut wieder abreißen, um eine einheitliche Bebauung am Forum zu erhalten. Und kurz vor seinem Tod ordnet er noch an, dass am Maximilianeum die gotisierenden Spitzbögen in Rundbögen abgeändert werden müssen, wodurch der Bau im Gegensatz zum ganzen Straßenzug einen Renaissance-Charakter erhält. Diese Stiländerung nimmt der Schweizer Kulturhistoriker Jacob Burckhardt in seiner Kritik auf. Er schreibt zum Maximilianeum: „[...] Ich habe nur deshalb Dankbarkeit für das Gebäude empfunden, weil es wenigstens äußerlich in die Formen der Renaissance hinüberleitet und den Geist von dem jämmerlichen Gotisch der Maximilianstraße befreit.“

14. April 1864 – Kabinettssekretär Pfistermeister muss Richard Wagner ausfindig machen

München - Stuttgart * Kabinettssekretär Franz Seraph von Pfistermeister muss - nur einen Monat nach der Thronbesteigung König Ludwigs II. - mit dem schwierigen Auftrag aus München abreisen, den verehrten Musiker ausfindig zu machen und ihn zum König zu bringen. Der hoch verschuldete Komponist war - wieder einmal pleite - mit unbekanntem Ziel abgereist, denn in Wien und in der Schweiz verfolgten ihn die Gläubiger so sehr, dass er sich kaum mehr auf die Straße traute. Nach über zwei Wochen gelang es Pfistermeister, den europaweit gesuchten



Schöpfer wichtiger Musikwerke in Stuttgart aufzuspüren.

14. April 1864 – Kabinettssekretär Pfistermeister muss Richard Wagner ausfindig machen

München * Eine der ersten Taten des jungen Bayernkönigs Ludwig II. ist die Berufung Richard Wagners nach München. Kabinettssekretär Franz Seraph von Pfistermeister muss sich - nur einen Monat nach Ludwigs Thronbesteigung - mit dem schwierigen Auftrag aus München abreisen, den verehrten Musiker ausfindig zu machen und ihn zum König zu bringen. Der hoch verschuldete Komponist ist - wieder einmal pleite - mit unbekanntem Ziel abgereist, denn in Wien und der Schweiz verfolgen ihn die Gläubiger so sehr, dass er sich kaum mehr auf die Straße traut. Nach über zwei Wochen gelingt es Pfistermeister, den europaweit gesuchten Schöpfer wichtiger Musikwerke in Stuttgart aufzuspüren.

3. Mai 1864 – Kabinettssekretär Pfistermeister trifft in Stuttgart auf Richard Wagner

Stuttgart * Kabinettssekretär Franz Seraph von Pfistermeister trifft in Stuttgart auf Richard Wagner. Er überreicht ihm Brief, Bild und Ring des bayerischen Königs Ludwig II.. Gemeinsam reisen sie noch am gleichen Tag nach München.

10. Mai 1864 – Ein Jahresgehalt von 4.000 Gulden für Richard Wagner

München * König Ludwig II. weist sein Hofsekretariat an, Richard Wagner ein Jahresgehalt von 4.000 Gulden zu bezahlen. Um keine Neiddiskussion hochkommen zu lassen, wird gegenüber der Öffentlichkeit nur ein Jahresgehalt von 1.200 Gulden angegeben. Zusätzlich erhält der Musiker ein ganzes Jahresgehalt „zur Bestreitung der Übersiedelung zur Verfügung“ gestellt.

11. Oktober 1865 – Es kommt zum Zerwürfnis zwischen Wagner und Pfistermeister

München * Nachdem bei Kabinettssekretär Franz Seraph von Pfistermeister die Ausführungsanordnung König Ludwigs II. für Richard Wagners „Was ist deutsch?“ auf Widerstand stößt, kommt es zum Zerwürfnis der Beiden.

11. November 1865 – Wagner will, dass König Ludwig II. ein neues Kabinett bildet



Schloss Hohenschwangau * Zwischen dem 11. und dem 18. November hält sich Richard Wagner bei Ludwig II. in Schloss Hohenschwangau auf. Während diesen ausdauernden Gesprächen fordert Wagner die Entlassung seiner Widersacher, des königlichen Kabinettssekretärs Franz Seraph von Pfistermeister und des bayerischen Ministerpräsidenten Ludwig von der Pfordten. Respektlos spricht der Komponist von „Pfi“ und „Pfo“. Wagner will, dass König Ludwig II. ein neues Kabinett bildet.

26. November 1865 – Richard Wagner hat den Bogen endgültig überspannt

München * In einem Brief schlägt Richard Wagner dem König vor, den Kabinettssekretär Franz Seraph von Pfistermeister durch Max von Neumayr und den bayerischen Ministerpräsidenten Ludwig von der Pfordten durch Ludwig von Edelsheim zu ersetzen. Der König wird die Entlassungen erst im Oktober 1866 umsetzen. Nun kommt es zum Eklat. Denn durch sein massives Einmischen in die bayerischen Staatsangelegenheiten hat Richard Wagner den Bogen endgültig überspannt. Der Komponist, der wie kaum ein anderer Zugang zum König hat, wird von der Regierung sowieso mit großem Misstrauen beobachtet. Nun stellt der Ministerrat dem König ein Ultimatum. Ludwig II. habe zu wählen „zwischen der Liebe und Verehrung Ihres treuen Volkes und der Freundschaft Richard Wagners“. Eine breite öffentliche Opposition gegen den Komponisten hat sich gebildet. Sie wirft Richard Wagner vor, er halte den König von den Regierungsgeschäften ab und beanspruche die Kabinettskasse übermäßig. Bald darauf übergeben Münchner Bürger 810 Unterschriften mit der Forderung der Landesverweisung des Komponisten Richard Wagner an den Kabinettssekretär Franz Seraph von Pfistermeister.

6. Dezember 1865 – Richard Wagner soll München für einige Monate verlassen

München-Maxvorstadt * Oberappellationsrat Johann Freiherr von Lutz wird vom Kabinettssekretär Franz Seraph von Pfistermeister zu Richard Wagner geschickt, um ihn zu bitten, München für einige Monate zu verlassen.

Oktober 1866 – Ludwig II. entlässt den Kabinettssekretär und den Ministerpräsidenten

München * König Ludwig II. entlässt seinen Kabinettssekretär Franz Seraph von Pfistermeister und den Ministerpräsidenten Ludwig von der Pfordten. Richard Wagner nannte die Beiden respektlos „Pfi“ und „Pfo“. Nun hatte er seine späte Rache.



30. Mai 1884 – König Ludwig II. will ans Vermögen seines Bruders Otto

München * König Ludwig II. will eine Anleihe aus dem Vermögen von Prinz Otto entnehmen. Er scheitert aber am Hofsekretär Philipp Pfister, der den Bayernkönig auf das Bayerische Landrecht hinweist, das dem Vormund, also Ludwig, untersagt, bei seinem Mündel ein Darlehen aufzunehmen.

1885 – Ludwig Peter Klug übernimmt die Leitung des kgl. Hofsekretariats

München * Ludwig Peter Klug wird mit der Leitung des kgl. Hofsekretariats betraut. Damit gehört er zur unmittelbaren Umgebung des Märchenkönigs Ludwig II.. Klug muss den Schuldenstand des Königs feststellen und in dessen Auftrag mit den Gläubigern verhandeln, um befriedigende Arrangements zu treffen. Seine einflussreiche Position kann der Beamte über die sogenannte Thronkrise retten.

20. Januar 1890 – Siemens eröffnet seine erste Niederlassung in München

München-Graggenau * In der Galeriestraße 15a eröffnet die Berliner Firma Siemens & Halsk" mit zwei Mitarbeitern seine erste Niederlassung außerhalb Preußens. Das Zwei-Personen-Büro teilen sich der Ingenieur Adalbert Planck, ein Bruder des späteren Nobelpreisträgers Max Planck, und eine Sekretärin.

1902 – Fritz Gerlich wird Mitglied in der Nationalsozialistischen Partei

München * Fritz Gerlich wird Mitglied in der Nationalsozialistischen Partei und ist längere Zeit ehrenamtlich als Sekretär des Liberalen Arbeitervereins München tätig.

30. Mai 1913 – Der Erste Balkankrieg ist beendet

London * Nach vernichtenden Niederlagen muss die Türkei unter Vermittlung der europäischen Großmächte den Londoner Vertrag unterzeichnen, der den Ersten Balkankrieg beendet. Die Osmanen verzichten darin auf alle europäischen Gebiete; der Kretische Staat vereinigt sich offiziell mit Griechenland. Die Türkei behält aber - sehr zum Ärger Russlands - die Kontrolle über die Meerengen. Durch die Schaffung des Staates Albanien erhält Serbien den



ersehten Zugang zur Adria aufgrund einer Forderung Österreich-Ungarns nicht.

30. August 1914 – Der amerikanische Gesandtschaftssekretär beobachtet die Lage in Löwen

Leuven * Der amerikanische Gesandtschaftssekretär Hugh Gibson macht sich ein Bild von der Lage in Löwen. Ein deutscher Offizier erklärt ihm: „Es wird die Belgier lehren, Deutschland zu respektieren und es sich zweimal zu überlegen, gegen Deutschland die Waffen zu erheben“. Mit der Zerstörung der Löwener Bibliothek hat sich das Deutsche Reich weltweit den Ruf von „Barbaren“ eingehandelt. Als „Hunnen“, denen man das Schlimmste zutraut, werden sie fortan in der alliierten Propaganda verspottet.

30. Dezember 1915 – Ein deutsches U-Boot torpediert das britische Passagierschiff Persia

Kreta * Vor Kreta torpediert ein deutsches U-Boot das britische Passagierschiff Persia. Dabei sterben 343 Menschen.

20. Januar 1918 – Christliche Gewerkschafter wollen Streik unterbinden

München-Isarvorstadt * Den Gewerkschaftssekretär Wilhelm Bosbach vom Christlichen Metallarbeiterverband, der im Leo-Haus, Hauptstelle katholisch-sozialer Vereine in der Pestalozzistraße 1 sein Büro hat, erhält aus den Betrieben die Nachricht von Flugblättern und einem bevorstehenden Streik. Der christliche Gewerkschafter weist seine Vertrauensleute an, „dass diesen Bestrebungen entgegen getreten werden solle“.

22. Januar 1918 – Erhard Auer warnt vor den unorganisierten Arbeiterinnen

München * In einem Gespräch mit dem Münchner Polizeipräsidenten versichert der Landessekretär der Bayerischen SPD, Erhard Auer, dass „die Unabhängigen in Bayern, besonders in München, nicht viel Boden“ haben. Bei den organisierten Arbeitern besteht somit keine Streikgefahr. Anders ist die Sache „bei den vielfach noch nicht organisierten weiblichen Arbeiterinnen“.

30. Januar 1918 – Streik-Aktivitäten der USPD verurteilt



München * Die Delegierten des Münchner Gewerkschaftsvereins beschließen eine Resolution, in der sie die Aktivitäten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei - USPD zum Streik verurteilen. Der Gewerkschaftsvorsitzende Johannes Timm verständigt sich mit dem MSPD-Parteisekretär Erhard Auer, an der für den nächsten Tag angesetzten Versammlung der Münchner kriegswichtigen Betriebe teilzunehmen. Sie wollen durch ihre Präsenz Gegenmaßnahmen einleiten, die Bewegung in geordnete Bahnen lenken und den Streik so bald als möglich beenden.

24. Juni 1918 – Staatssekretär Kühlmann fordert einen Vergleichsfrieden

Berlin * Noch vor dem französischen Gegenangriff von Villers-Cotterêts betont der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Richard von Kühlmann, dass es an der Zeit sei, den Gegnern die Hand zu einem Vergleichsfrieden zu reichen. „Bei der ungeheueren Größe dieses Koalitionskrieges und der Zahl der in ihm begriffenen auch überseeischen Mächte [wird] durch rein militärische Entscheidungen allein ohne alle diplomatischen Verhandlungen ein absolutes Ende kaum erwartet werden können.“

25. Juni 1918 – Die OHL ist aufs peinlichste überrascht

Spa - Berlin * Die Oberste Heeresleitung - OHL gibt eine Pressekonferenz, auf der sie erklären lässt, dass sie sich mit den Ausführungen des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Richard von Kühlmann vom Vortag nicht identifiziert und diese nicht „der Auffassung der OHL“ entspreche. Im Gegenteil: „Die OHL ist aufs peinlichste überrascht.“

25. Juni 1918 – Hindenburg beschwert sich über Richard von Kühlmann

Spa - Berlin * In einem Telegramm der Obersten Heeresleitung - OHL an den Reichskanzler Georg Friedrich Graf von Hertling erklärt Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, dass „für die weiteren schweren Folgen, die aus dem gestrigen Vorgang für die siegreiche Beendigung des Krieges entstehen werden, der Staatssekretär von Kühlmann verantwortlich“ sei. Das ist der erste Schritt für die spätere Dolchstoßlegende.

26. Juni 1918 – Das machtpolitische Versagen der Reichstagsmehrheit



Berlin * Der Interfraktionelle Ausschuss trifft sich im Reichstag und beschließt, auf eine politische Initiative zur Unterstützung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Richard von Kühlmann, zu verzichten. Der Interfraktionelle Ausschuss ist ein inoffizielles Gremium, das die Arbeit der Reichstagsfraktionen der Sozialdemokratischen Partei - SPD, der Fortschrittlichen Volkspartei - FVP und der Zentrums Partei koordiniert. Die drei Parteien bilden seit der Reichstagswahl von 1912 die Mehrheit im Reichstag. Die Situation zeigt aber auch das machtpolitische Versagen der Reichstagsmehrheit.

2. Juli 1918 – Ludendorff fordert den Rücktritt des Staatssekretärs Kühlmann

Spa - Berlin * Generalquartiermeister Erich Ludendorff fordert Reichskanzler Georg Friedrich Graf von Hertling auf, den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Richard von Kühlmann, zu entlassen, anderenfalls werde er selbst zurücktreten. Unterstützung durch den schwachen Reichskanzler Hertling wird Kühlmann nicht erfahren.

8. Juli 1918 – Staatssekretär Kühlmann wird vom Kaiser entlassen

Berlin * Kaiser Wilhelm II. versetzt den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Richard von Kühlmann, in den einstweiligen Ruhestand. Damit hat die Politik gegenüber den Militärs erneut klein beigegeben. Ein Konflikt mit der Obersten Heeresleitung - OHL wird nicht eingegangen. Die Militärs brauchen die Reichstagsmehrheit nicht zu fürchten.

15. August 1918 – Ludendorff täuscht Staatssekretär Paul von Hintze

Spa - Berlin * Besseres Wissen zum Trotz erklärt Generalquartiermeister Erich Ludendorff dem neuen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Paul von Hintze: „Wir sind durch eine strategische Defensive in der Lage, den Kriegswillen des Feindes zu lähmen, und ihn so mählich zum Frieden zu zwingen“. Das war natürlich eine grobe Täuschung, da Ludendorff längst wusste, dass auf die deutschen Soldaten kein Verlass mehr ist.

23. September 1918 – MSPD für eine Koalitionsregierung mit den Bürgerlichen

Berlin • Die MSPD-Reichstagsfraktion und der Parteiausschuss der MSPD beschließen in einer gemeinsamen Sitzung mit einer deutlichen Mehrheit von 80 : 21 Stimmen, sich an einer



Koalitionsregierung mit den bürgerlichen Parteien zu beteiligen, falls sich die Möglichkeit dazu bietet. Die Bedenkenträger bleiben in der Minderheit. Dies auch deshalb, weil noch immer keine Klarheit über die militärische Lage herrscht. Der Regierungseintritt wird an die Erfüllung eines Forderungskatalogs geknüpft, der die Parlamentarisierung verlangt und auf die Friedensresolution vom 19. Juli 1917 Bezug nimmt, in der sie für „einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker“ eintritt. Die Partei entsendet Philipp Scheidemann als Staatssekretär ohne Portefeuille, Gustav Bauer soll das Reichsarbeitsamt übernehmen. Otto Wels warnt Friedrich Ebert: „Bist du von Gott verlassen, lass doch zum Teufel den Frieden diejenigen schließen, die den Krieg geführt und Verantwortung getragen und den Waffenstillstand gefordert haben“. Im MSPD-Parteiausschuss gibt Erhard Auer zu bedenken: „Mit dem Eintritt in die Regierung werden wir gewissermaßen eine Mittelpartei, und die Unabhängigen, die heute nichts sind, werden dann scheinbar die einzige Oppositionspartei sein.“

27. September 1918 – Der militärische Zusammenbruch Bulgariens

Berlin * Staatssekretär Paul von Hintze gibt im Hauptausschuss des Reichstags den militärischen Zusammenbruch Bulgariens bekannt. Die Truppen der Entente können nun die rumänischen Ölfelder besetzen und dadurch die deutsche Armee von der Ölversorgung abschneiden. Ohne das Öl aus Rumänien kann das deutsche Heer höchstens noch zwei Monate kämpfen.

29. September 1918 – Ludendorff erhält die Zustimmung für sein Waffenstillstandsgesuch

Spa - Berlin * Staatssekretär Paul von Hintze verhandelt am Vormittag mit Generalquartiermeister Ernst Ludendorff über das weitere Vorgehen. Ludendorffs Forderung nach einem Waffenstillstandsgesuchen binnen 24 Stunden, das unter die Verantwortung der Reichstagsmehrheit gestellt wird, wird - bei aller Gefahr für Heer, Volk, Reich und Monarchie - von Hintze befürwortet. Ludendorff begründet es damit, dass er nicht mehr dafür garantieren kann, eine militärische Katastrophe an der Westfront zu verhindern. Staatssekretär Paul von Hintze will eine „Revolution von oben“ und damit einen vollständigen Systemwechsel vornehmen. Eine Umbildung der jetzigen Regierung lediglich durch Hinzuziehen einiger Parteienvertreter hält er nicht für ausreichend. Der Gedanke gefällt Ludendorff, da ein radikaler Bruch mit der bisherigen Regierung die Glaubwürdigkeit gegenüber den Kriegsgegnern erhöhen würde. Der Generalquartiermeister erhält die Zustimmung für das weitere Vorgehen vom Staatssekretär Paul von Hintze und vom greisen Reichskanzler Georg Friedrich Graf von Hertling. Anschließend informiert Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg gemeinsam mit Staatssekretär Hintze, aber ohne den Reichskanzler, Kaiser Wilhelm II.. Dieser ist sowohl mit der Regierungsumbildung als



auch mit dem Waffenstillstandsgesuch einverstanden.

3. Oktober 1918 – Wilhelm Solf wird Leiter des Auswärtigen Amtes

Berlin - Deutsches Reich * Der derzeitige Staatssekretär im Reichskolonialamt, Wilhelm Solf, wird zum Leiter des Auswärtigen Amtes ernannt.

3. Oktober 1918 – Kaiser Wilhelm II. ernennt Prinz Max von Baden zum Reichskanzler

Berlin * Kaiser Wilhelm II. ernennt Prinz Max von Baden, zum Reichskanzler des Deutschen Kaiserreichs. Dieser nimmt Staatssekretäre des Zentrums, der Liberalen und der Sozialdemokraten in seine Regierung auf.

4. Oktober 1918 – Reichskanzler Max von Baden bildet eine parlamentarische Regierung

Berlin * Reichskanzler Prinz Max von Baden bildet eine parlamentarische Regierung, die die revolutionäre Bewegung in Deutschland aufhalten soll. Die meisten Staatssekretäre aus der Regierung Hertling bleiben im Amt. Aus den Reihen der Reichstagsmehrheit übernimmt der Zentrums-Abgeordnete Karl Trimborn das Reichsamt des Inneren, der MSPD-Abgeordnete Gustav Bauer übernimmt das Reichsarbeitsamt. Vier weitere Parteienvertreter (Philipp Scheidemann, MSPD; Matthias Erzberger, Zentrum; Adolf Gröber, Zentrum, und Conrad Haußmann von der Fortschrittlichen Volkspartei - FVP) werden zu Staatssekretären ohne Portefeuille. Dem 16-köpfigen Kabinett Baden gehören neun Parteilose, zwei Fortschrittliche Liberale, ein Nationalliberaler, drei Zentrums-Abgeordnete und zwei Vertreter der größten Reichstagsfraktion, den Sozialdemokraten, an. Die halbherzige Zusammenstellung der neuen Regierung unter Reichskanzler Max von Baden ist gewiss kein Systemwechsel und Neuanfang. Sie beteiligt halt zusätzlich ein paar Parteienvertreter, die das Image der Reichsregierung aufpolieren sollen.

17. Oktober 1918 – Für Nuntius Eugenio Pacelli kommt die Revolution nicht überraschend

München - Vatikan * Der päpstliche Nuntius Eugenio Pacelli berichtet an den Kardinalsstaatssekretär Pietro Gasparri mit großer Sorge über „sozialistische Propaganda und Wühlarbeit“ in Deutschland und bei den Frontsoldaten. Die folgende Revolution ist für Pacelli



deshalb nicht überraschend.

25. Oktober 1918 – OHL: Die diplomatischen Beziehungen sollen beendet werden

Berlin * Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und Generalquartiermeister Erich Ludendorff drängen Wilhelm II. dazu, die diplomatischen Beziehungen und den Notenwechsel mit dem US-Präsidenten Woodrow Wilson sofort zu beenden. Der Kaiser, der vom Staatssekretär des Äußeren, Paul von Hintze, vom Gegenteil überzeugt und eingeschworen worden war, geht auf die Forderungen nicht ein. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, bieten die beiden Offiziere ihren Rücktritt an. Doch auch der bettlägerige Reichskanzler Max von Baden droht am selben Abend seinen Rücktritt an, falls „ein Wechsel in der Obersten Heeresleitung nicht möglich ist“. Der Kaiser ist inzwischen auch darüber informiert worden, dass Ludendorff seit Frühjahr und Sommer 1918 von einem Großteil der Heerführer als überaus negativ angesehen wird.

4. November 1918 – Die Vertreter der Berliner Reichsregierung werden freundlich begrüßt

Berlin - Kiel * Als am Abend zwei Abgesandte der Berliner Reichsregierung eintreffen, ist Kiel bereits fest in der Hand von 40.000 aufständischen Matrosen und Marinesoldaten. Der SPD-Abgeordnete Gustav Noske und der Staatssekretär ohne Geschäftsbereich Conrad Haußmann von der Fortschrittlichen Volkspartei - FVP werden jubelnd begrüßt. Noske wird von den Aufständischen sofort zum Gouverneur gewählt. Dabei hat Noske nicht den „Eindruck, dass eine große Revolution begonnen hat“. Noch am gleichen Abend übernimmt er, „unter brausender Zustimmung“ der Arbeiter und Matrosen, den Vorsitz des Obersten Soldatenrates. Die meuternden Soldaten und revoltierende Arbeiter aus Kiel vertrauen dem prominenten Genossen aus Berlin.

6. November 1918 – Matthias Erzberger reist zu Waffenstillstandsverhandlungen

Washington - Berlin - Spa * Am Vormittag trifft in Berlin die Nachricht des US-Präsidenten Woodrow Wilson ein, dass der Oberkommandierende der Alliierten Streitkräfte, Marschall Ferdinand Foch, bereit sei, eine deutsche Waffenstillstandsdelegation in Compiègne zu empfangen. Nachdem die Reichsregierung das Ansinnen der Obersten Heeresleitung - OHL, einen militärischen Vertreter zum Verhandlungsleiter zu ernennen, ablehnt, wird noch am selben Tag der Staatssekretär Matthias Erzberger - gegen seinen Willen - mit der Aufgabe betraut und an der Spitze der Abordnung auf den Weg geschickt. Weitere Mitglieder der deutschen



Verhandlungs-Abordnung sind der Leiter für Heeresangelegenheiten General Detlof von Winterfeldt, der Kapitän zur See Ernst Vanselow und als Vertreter des Auswärtigen Amtes Alfred von Oberndorff. Er muss jedoch sich zuvor im Großen Hauptquartier der Obersten Heeresleitung -OHL noch Instruktionen abholen. Der Reichsregierung ist es wichtig gegenüber den Alliierten das politisch erneuerte Deutschland zu demonstrieren. Dazu eignet sich ein ziviler Politiker an der Spitze der Waffenstillstands-Kommission ganz besonders. Die Deutschen hoffen auf einen „milden Frieden“ auf der Grundlage des 14-Punkte-Programms, das der US-Präsident Woodrow Wilson am 8. Januar 1918 verkündet hatte.

8. November 1918 – Die Waffenstillstandsverhandlungen im Wald von Compiègne

Compiègne * Die Deutsche Abordnung zum Abschluss des Waffenstillstandes und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen mit dem Staatssekretär Matthias Erzberger an seiner Spitze, reist zu Verhandlungen mit Marschall Ferdinand Foch. Als Verhandlungsort hat die französische Seite einen Eisenbahnwaggon in einem Waldstück der Gemeinde Rethondes bei Compiègne ausgewählt, wo sich bis März 1918 der Sitz des Alliierten Oberkommandos befunden hatte. Die Delegation wird von Marschall Foch mit den Worten „Was führt die Herren hierher? Was wünschen Sie von mir?“ begrüßt. Auf die Erwiderung, man wünsche Vorschläge über einen Waffenstillstand entgegen zu nehmen, antwortete Foch: „Ich habe keine Vorschläge zu machen.“

Er legt dafür eine fertige Liste mit Waffenstillstands-Bedingungen, verbunden mit einem 72-stündigen Ultimatum zur Annahme oder Ablehnung vor. Vor allem die Franzosen, auf deren Boden der Krieg vier Jahre gewütet und gewaltige Zerstörungen hinterlassen hatte, fordern eine drakonische Bestrafung des Deutschen Reiches.

9. November 1918 – Der Vatikan wird aus erster Hand informiert

München - Vatikan * Seit der Revolution berichtet der päpstliche Nuntius Eugenio Pacelli täglich an den Kardinalsstaatssekretär Pietro Gasparri über die Ereignisse.

11. November 1918 – Matthias Erzberger unterzeichnet das Waffenstillstandsabkommen

Compiègne * Staatssekretär Matthias Erzberger, ein liberaler Politiker der katholischen Zentrumspartei, unterzeichnet für das Deutsche Reich das Waffenstillstandsabkommen im französischen Compiègne. Einen großen Verhandlungsspielraum ließ die von Marschall Ferdinand Foch vorgelegte Liste mit den Waffenstillstands-Bedingungen, verbunden mit einem



72-stündigen Ultimatum zur Annahme oder Ablehnung, nicht zu. Da der deutschen Delegation die Bedingungen als sehr hart erscheinen, sucht Erzberger Rücksprache mit dem neuen Reichskanzler Friedrich Ebert. Dieser weist den Leiter der Verhandlungskommission nach Rücksprache mit dem Chef der Obersten Heeresleitung - OHL, Paul von Hindenburg, an, den „Waffenstillstand zu jedweden Bedingungen“ anzunehmen. Der Vertrag wird am 11. November zwischen 5:12 Uhr und 5:20 Uhr französischer Zeit unterzeichnet. Um 11 Uhr enden damit die kriegerischen Auseinandersetzungen. 188.000 bayerische Soldaten sind im Ersten Weltkrieg gefallen, mehrere Hunderttausend wurden verwundet.

11. November 1918 – Bisherige Staatssekretäre mit der Weiterführung der Geschäfte beauftragt

Berlin * Der Rat der Volksbeauftragten teilt in einem Erlass mit, dass die Staatssekretäre und die Leiter der Reichsbehörden von der Reichsregierung mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt worden sind.

14. November 1918 – Die Staatssekretäre werden im Amt bestätigt

Berlin * Die meisten Staatssekretäre werden ohne weiteren Kommentar in ihren Ämtern bestätigt. Lediglich die Leitung des Kriegsernährungsamtes wird von dem USPD-ler Emanuel Wurm übernommen.

15. November 1918 – Nuntius Pacelli berichtet dem Vatikan zu den revolutionären Vorgängen

München - Vatikan * Nuntius Eugenio Pacelli fasst zwei von drei analytisch-zusammenfassende Berichte an den Kardinalsstaatssekretär Pietro Gasparri. Die Ursache der Revolution sieht Pacelli in der militärischen Lage mit dem Kriegseintritt der USA, dem Zusammenbruch von Österreich-Ungarn, die Kampfmüdigkeit der deutschen Soldaten, sodass die als unüberwindlich geltende Hindenburg-Linie ins Wanken geriet, und dass die Generäle die päpstliche Friedensvermittlung vom 1. August 1917 zurückgewiesen haben, die Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg befürwortet hatte. Über Ministerpräsident Kurt Eisner äußert sich Nuntius Eugenio Pacelli, der spätere Papst Pius XII, folgendermaßen: Eisner ist „Atheist, Radikalsozialist, unversöhnlicher Propagandist, Busenfreund russischer Nihilisten und noch dazu galizischer Jude. [...] Unmittelbar nach den Ereignissen hat sich das bayerische Diplomatische Corps in der Nuntiatur zusammengefunden und beschlossen, jegliche Anerkennung der neuen Regierung zu vermeiden.“



15. November 1918 – Hugo Preuß soll die Verfassung der Republik erarbeiten

Berlin * Das Kabinett beruft den liberalen Staatsrechtler Hugo Reuß zum Staatssekretär des Reichsamtes des Inneren. Reuß soll die neue Verfassung der Republik ausarbeiten. Ein Liberaler und kein Sozialdemokrat wird diese wichtige zentrale Aufgabe anvertraut.

20. November 1918 – Pacelli begründet seine Ablehnung der Regierung Eisner

München - Vatikan * Der päpstliche Nuntius Eugenio Pacelli, der spätere Papst Pius XII., berichtet in seinem dritten analytisch-zusammenfassenden Bericht ausführlich an den Kardinalsstaatssekretär Pietro Gasparri zur Deutung und Auswirkung der Revolution nach Rom. In diesem Brief begründet Nuntius Pacelli auch, warum er den Kontakt zur neuen bayerischen Regierung unter Kurt Eisner ablehnt: Die Entscheidung zum Kulturkampf statt zum pragmatischen Kompromiss. Das Entgegenkommen der neuen Regierung ist nur taktisch bis zur nächsten Wahl, danach beginnt die offene Kirchenfeindschaft. Ein diplomatischer Kontakt wird die Katholiken nur verwirren und demobilisieren, anstatt sie auf den Gegner einzuschwören. Die Regierung Eisner besteht aus Juden, Atheisten und Protestanten, alles Sozialisten. Mit solchen Leuten sind keine anständigen Beziehungen möglich. Eisner ist ein ostgalizischer Jude, der wegen politischer Verbrechen mehrfach bereits eingesperrt war.

22. November 1918 – Nuntius Eugenio Pacelli flieht nach Rorschach in der Schweiz

München - Rorschach * Auf Anraten von Erzbischof Michael von Faulhaber siedelt Nuntius Eugenio Pacelli wegen der revolutionären Vorgänge in München in das Institut Stella Maris nach Rorschach in der Schweiz am Bodensee über. Pacelli will mit allen Mitteln der Kontaktaufnahme der bayerischen Regierungsvertreter entgehen, da sonst der Eindruck entstehen könnte, dass der Heilige Stuhl die Revolutionsregierung anerkannt habe. Als offiziellen Grund gibt er allerdings gesundheitliche Probleme an, die er auskurieren wolle. Es ist aber wohl eher die Flucht vor der Auseinandersetzung mit der neuen bayerischen Regierung um Ministerpräsident Kurt Eisner. Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Nuntiatur und der bayerischen Regierung sind damit auf Eis gelegt. Die Berichterstattung über die revolutionären Vorgänge an Kardinalsstaatssekretär Pietro Gasparri werden von Eugenio Pacellis Uditore [= rechte Hand des Nuntius] Lorenzo Schioppa übernommen. Freilich in dem durch Pacelli vorgegebenen Rahmen.



4. Dezember 1918 – Eine Kommission erstellt ein Sozialisierungskonzept

Berlin * Da der Rat der Volksbeauftragten kein Sozialisierungskonzept hat, wird eine Kommission gegründet, in der Karl Kautsky von der USPD und Ernst Francke, der Generalsekretär der Gesellschaft für soziale Reformen, den Vorsitz übernehmen. Vertreter der MSPD, der Gewerkschaften und der Unternehmer gehören dem Gremium zusätzlich an. Aufgrund der Zusammensetzung ist kaum mit schnellen Entscheidungen und Einschnitten zu rechnen. Die Kommission dient mehr der Beruhigung in allen Richtungen.

6. Dezember 1918 – Mit Ex-Kronprinz Rupprecht die bayerische Monarchie restaurieren

München - Vatikan * Uditore Lorenzo Schioppa informiert den Kardinalsstaatssekretär Pietro Gasparri durchaus hoffnungsfroh über die nicht aussichtslosen Bestrebungen, mit Ex-Kronprinz Rupprecht die Monarchie in Bayern wieder zu installieren.

7. Dezember 1918 – Räte: Der Abschaum der Bevölkerung

München - Vatikan * Uditore [= die rechte Hand des Nuntius] Lorenzo Schioppa berichtet an den Kardinalstaatssekretär Pietro Gasparri: „Der Münchner Arbeiter- und Soldatenrat setzt sich aus dem Abschaum der Bevölkerung zusammen, aus vielen Nichtbayern aus der Marine, Juden, Einheimischen, die schon lange gegen Adel und Klerus aufbegehren, und kaum aus Bürgern und Soldaten, die wirklich an der Front waren“.

14. Dezember 1918 – Keine Kandidaten für einen bayerischen König

München - Vatikan * Uditore Lorenzo Schioppa informiert Kardinalsstaatssekretär Pietro Gasparri, dass ihm zur Restauration des bayerischen Königtums die geeigneten Kandidaten fehlen: Ex-König Ludwig III. war in eine annexonistische Kriegspolitik verstrickt, Ex-Kronprinz Rupprecht kommt wegen seiner amourösen Galanterien mit belgischen Frauen an der Front nicht mehr in Frage. Alleine der Ex-Prinz Franz käme noch in Betracht.

20. Dezember 1918 – Den Vatikan über die Protesterklärung zur Schulaufsicht informiert

München - Vatikan * Uditore Lorenzo Schioppa informiert den Kardinalsstaatssekretär Pietro



Gasparri über Protesterklärung des bayerischen Episkopats gegen die vom bayerischen Ministerrat erlassene „Verordnung, betreffend Beaufsichtigung der Volksschule“ vom 16. Dezember 1918.

21. Februar 1919 – Ministerpräsident Kurt Eisner wird von Anron Graf Arco auf Valley ermordet

München-Kreuzviertel * Kurt Eisner verlässt an diesem föhnigen Vorfrühlingstag, kurz vor zehn Uhr, seinen Amtssitz im Montgelas-Palais und begibt sich von dort zum Landtagsgebäude an der Prannerstraße. In seiner Aktentasche befindet sich sein bereits unterschriebenes Schreiben vom Rücktritt als Ministerpräsident des Freistaates Bayern. Er will dabei jedoch nicht seinen Rückzug aus der Politik signalisieren. Begleitet wird Eisner von seinem Sekretär Felix Fechenbach und dem Leiter des Ministerpräsidentenbüros, Bruno Merkle. Da Eisner in den vergangenen Tagen und Wochen mehrere Morddrohungen erhalten hatte, gehen zwei bewaffnete Ordonnanzen als Leibwächter voraus. Angesichts der drohenden Gefahr schlagen Eisners Begleiter einen Schleichweg zum Landtag vor. Das lehnt Eisner entschieden ab, denn: „Man kann einen Mordanschlag auf die Dauer nicht ausweichen, und man kann mich ja nur einmal totschießen.“ Kurz nachdem die Gruppe um Eisner in die damalige Promenadenstraße eingebogen ist, pirscht sich Anton Graf von Arco auf Valley an den Ministerpräsidenten heran und schießt ihm aus kürzester Entfernung zweimal in den Hinterkopf. Im Nacken und unter dem rechten Ohr getroffen bricht Kurt Eisner sofort tot zusammen.

22. Februar 1919 – Der Zentralrat wird erweitert

München-Kreuzviertel * Der Zentralrat wird durch die Aufnahme des Mehrheitssozialisten Karl Schmidt und des Gewerkschaftssekretärs Albert Schmid erweitert.

26. Februar 1919 – Das Erzbischöfliche Palais wird gestürmt

München-Kreuzviertel * Um 11 Uhr stürmen sechs Männer, darunter vier Soldaten mit Gewehr das Erzbischöfliche Palais und stellen die Frage: „Warum ist da nicht beflaggt?“ Erzbischof Michael von Faulhaber schreibt: „Die Soldaten standen mit Gewehr am Fenster, so daß die Menge auf der Straße den Terror sah. Besonders ein junger Zivilist benahm sich sehr frech: Schleifen am Parkettboden, macht sich am Altar und Altarstein zu schaffen, schimpft über die leer stehenden schönen Räume. Andere Leute hätten keine Wohnung. [...] Bis der Sekretär von mir heimkam, flatterten bereits die zwei Fahnen“.



31. März 1919 – Über das Ruhrgebiet wird der Belagerungszustand verhängt

Weimar - Ruhrgebiet * Die Reichsregierung verhängt den Belagerungszustand über das vom Streik betroffene Gebiet. Kündigt den Einmarsch von Truppen an und schickt den SPD-Abgeordneten und Gewerkschaftssekretär Carl Severing als Staatskommissar ins Industriegebiet. In der Folge werden zahlreiche Streikführer verhaftet, um die Arbeitskämpfe zu unterlaufen und zu schwächen.

11. April 1919 – Die Regierung ist vollständig nach Bamberg umgezogen

Bamberg * Ministerpräsident Johannes Hoffmann, die Minister und die Landessekretariate der einzelnen Parteien sind inzwischen vollständig nach Bamberg übersiedelt. In den nächsten Tagen soll sich hier auch der Ältesten-Ausschuss zusammenfinden und über die Einberufung des Landtags einen Beschluss fassen.

11. Mai 1919 – Diplomatische Schriftstücke bei Hausdurchsuchung entdeckt

München * Die Wohnungen des ermordeten Ministerpräsidenten Kurt Eisner und seines Sekretärs Felix Fehrenbach werden durchsucht. Dabei werden diplomatische Schriftstücke aus dem Ministerium des Äußeren gefunden, darunter der Schön'sche Bericht vom 18. Juli 1914 und das sogenannte Ritter-Telegramm.

4. Oktober 1919 – Ilse Eisner heiratet in Großhadern Hans Unterleitner

Großhadern * Ilse Eisner, die Tochter von Kurt Eisner und Else Belli, heiratet in Großhadern Hans Unterleitner, den ehemaligen Minister für soziale Angelegenheiten. Als Trauzeugin wird die Privatsekretärin Toni Gernsheimer verzeichnet.

19. September 1922 – Faulhaber verhindert Ordensverleihung an Adenauer

München-Kreuzviertel - Rom-Vatikan * Kardinal Michael von Faulhaber schreibt an den Unterstaatssekretär im Vatikan, Giuseppe Pizzardo, über die öffentliche Auseinandersetzung mit Konrad Adenauer: „Er behauptete, die Revolution sei organisch geworden, die gestürzten



Herrscherhäuser seinen morsche Bäume gewesen, der deutsche Katholizismus sei auf das deutsche Vaterland angewiesen. [...] Ich bitte darum Eure Exzellenz, es möge keine päpstliche Kundgebung erfolgen, die von den Katholiken als Zustimmung zur Politik des Zentrums und zu einer Koalition mit der Sozialdemokratie ausgelegt werden könnte. Präsident Adenauer wird die päpstliche Auszeichnung, die früher für den Präsidenten üblich war, nicht erhalten können“. Damit verhindert Kardinal Faulhaber, dass Konrad Adenauer den sonst üblichen päpstlichen Orden bekommt. In einer eigenwilligen Rechtfertigung gegenüber dem bayerischen Gesandten beim Vatikan schreibt Faulhaber am selben Tag: „[...] Damit habe ich nicht die Verfassung von Weimar und die republikanische Staatsform an sich verurteilt; denn eine Verfassung kann rechtmäßig zustandegekommen sein, ohne daß dadurch die vorausgehende Revolution legitimiert wird. Ein unehelich Geborener kann ein ordentlicher Mensch werden, ohne daß damit die uneheliche Mutterschaft als solche Rechtsdasein erhält.“

1. Juni 1933 – Gesetz zur Minderung der Arbeitslosigkeit

Berlin * Das Gesetz zur Minderung der Arbeitslosigkeit stellt die Mittel für die Instandsetzung öffentlicher Gebäude in Aussicht. Sie stammen aus dem Aufkommen der Spenden zur Förderung der nationalen Arbeit, der sogenannten Reinhardt-Spende, nach dem Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Fritz Reinhardt benannt.

20. Juli 1933 – Das Konkordat wird ratifiziert

Rom-Vatikan - Berlin * Das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich wird vom - katholischen - Vizekanzler Franz von Papen und vom Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli im Vatikan unterzeichnet. Das Vertragswerk bestätigt die bestehenden Länderkonkordate mit Bayern, Preußen und Baden und den Fortbestand der katholischen theologischen Fakultäten an den Universitäten, sichert den katholischen Religionsunterricht an allen Schularten und die Beibehaltung und Neueinrichtung von Bekenntnisschulen, die Freiheit des Bekenntnisses und der öffentlichen Ausübung der Religion, den staatlichen Schutz für Geistliche, den Schutz des Beichtgeheimnisses und den Schutz der katholischen Organisationen. Außerdem wird die Militärseelsorge und das eigene kirchliche Steuerrecht garantiert. Die Kirche gesteht hingegen den neuen Machthabern nur wenig zu: Entpolitisierung des Klerus, Treueeid der Bischöfe gegenüber dem Deutschen Reich und seinen verfassungsmäßig gebildeten Regierungen. Die Reichsregierung macht der Kirche sehr große Zugeständnisse mit dem Ziel, internationale Anerkennung zu erhalten und die deutschen Katholiken für die Bewegung zu gewinnen, solange deren Macht noch nicht gefestigt



ist. Keine der anderen neunzehn Weimarer Regierungen, auch nicht die Koalitionen mit Zentrumsbeteiligung, war der katholischen Kirche so weit entgegengekommen.

14. Oktober 1934 – Auslegung der Steuergesetze nach nationalsozialistischer Weltanschauung

Berlin - München-Bogenhausen * Staatssekretär Fritz Reinhardt initiiert das Steueranpassungsgesetz, das vorschreibt, Gesetze „nach nationalsozialistischer Weltanschauung“ auszulegen. Damit ist es möglich, auch gegen den Wortlaut älterer Steuergesetze zu entscheiden. Grundsätze wie Gleichbehandlung der Steuerpflichtigen und Leistungsbezogenheit der Steuerbemessung werden aufgehoben. Unter Berufung auf die angebliche Nichtzugehörigkeit der Juden zur deutschen Volksgemeinschaft verweigert man ihnen gesetzlich zustehende Steuervergünstigungen.

1935 – Der Reichsfinanzhof als Gehilfe des Finanzministeriums

Berlin - München-Bogenhausen * Der einflussreiche Staatssekretär Fritz Reinhardt fordert, der Reichsfinanzhof soll nur noch als Gehilfe des Finanzministeriums bei der Auslegung der Steuergesetze wirken.

27. Oktober 1938 – Das Deutsche Reich lässt 17.000 Juden verhaften

Deutschland - Polen * Das Deutsche Reich lässt 17.000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit verhaften und an die polnische Grenze transportieren. Da der polnische Staat zunächst die Einreise seiner Staatsbürger verweigert, vegetieren die Menschen im Grenzgebiet in der Zwischenzeit dahin. Unter den 17.000 befinden sich auch die Eltern des Herschel Grynszpan, der wenige Tage später - wegen homosexueller Beziehungen - den Legationssekretär Ernst vom Rath an der Deutschen Botschaft in Paris schwer verletzt wird.

7. November 1938 – Herschel Grynszpan verletzt in Paris Ernst vom Rath schwer

Paris * In den Morgenstunden dieses Tages verletzt der 17-jährige Herschel Grynszpan in Paris den an der Deutschen Botschaft beschäftigten Ernst vom Rath mit fünf Kugeln schwer.

8. November 1938 – Grynszpan's Bluttat zum politisch motivierten Mordanschlag hochstilisiert



München * Die nationalsozialistische Propaganda stilisiert Herschel Gryspans Bluttat zum politisch motivierten Mordanschlag aus Hass an den Deutschen hoch. Die Münchner Neuesten Nachrichten schreiben: „Wenn die internationale Judenschaft glaubt, mit Meuchelmorden das Judenproblem in Deutschland lösen zu können, dann nimmt Deutschland diese Herausforderung an und wird nicht zögern, sie so zu beantworten, wie sie Elementen gegenüber notwendig ist, die den Mord aus dem Hinterhalt als politische Waffe betrachten.“

9. November 1938 – Die Reichskristallnacht nimmt ihren Anfang

München-Graggenau * Im Alten Rathaus treffen sich Hitler, Goebbels, Göring, Himmler und der Rest der NSDAP-Führungselite zu einem „geselligen Beisammensein“, als die Nachricht vom Tode des deutschen Legationssekretärs Ernst vom Rath eintrifft. Da der Täter jüdischer Abstammung ist, liefert Roths Tod den Vorwand für eine groß angelegte jüdische Kampagne, die als Reichskristallnacht in die Geschichte eingehen wird.

26. Februar 1987 – Peter Gauweilers Anti-Aids-Regelungen

München * Peter Gauweiler, CSU-Staatssekretär im bayerischen Innenministerium, setzt sich für scharfe Anti-Aids-Regelungen in Bayern ein - mit Zwangstests für Prostituierte, Drogenabhängige und angehende Beamte. Er bezeichnet an Aids erkrankte Personen als Aussätzige.

19. Mai 1987 – Bayern beschließt einen Anti-Aids-Maßnahmenkatalog

München * Auf Betreiben von Peter Gauweiler, CSU-Staatssekretär im bayerischen Innenministerium, beschließt Bayerns Regierung unter der Führung von Franz Josef Strauß einen umstrittenen, bundesweit einmaligen Anti-Aids-Maßnahmenkatalog. Damit soll Bayern zum Vorbild eines „europäischen Hygienekreises“ werden (Franz Josef Strauß).

Oktober 1987 – Gauweilers RAF-Vergleich verschärft den Konflikt

München * Der bayerische Innenstaatssekretär Peter Gauweiler stellt öffentlich eine Verbindung zwischen militanten Teilen des Widerstands gegen die WAA und der terroristischen Roten Armee Fraktion (RAF) her. Vertreter der Bürgerinitiativen weisen den Vergleich zurück und betrachten ihn als Versuch, die Protestbewegung zu kriminalisieren. Die Äußerungen heizen die ohnehin



angespannte Stimmung vor der Großdemonstration am 10. Oktober zusätzlich an und vertiefen die politische Konfrontation zwischen Staatsregierung und WAA-Gegnern.

1996 – Das Internationale Generalsekretariat des Templer-Ritterordens in Köln

Köln * Der Templer-Ritterorden nennt sich jetzt „Ordo Militiae Templi Hierosolymitani“ - „Christlicher Ritterorden vom Tempel zu Jerusalem“. Der Sitz des Internationalen Generalsekretariats ist Köln. Der Orden hat circa fünftausend Mitglieder und ist in dreißig Priorate gegliedert. An der Spitze der Ordensleitung steht ein Großmeister. Männer und - inzwischen auch - Frauen können ab dem 18. Lebensjahr Ordensritter und Ordensdamen werden. Ziele des Ordens, der auch karitativ tätig ist und Einrichtungen in Palästina und Israel unterstützt, sind die „Förderung der Einheit aller Christen“ und der „Erhalt der christlichen Kultur des Abendlandes“.

24. September 2017 – Die CSU stürzt ab - Riesige Stimmengewinne der AfD

Freistaat Bayern - München * Bei der Wahl zum 19. Bundestag erhält die CSU in Bayern lediglich 38,8 Prozent der Stimmen [- 10,5]. Die SPD kommt gerade einmal auf 20,0 Prozent [- 4,7], die Grünen erhalten 9,8 Prozent [+ 1,2], die Linke erreicht 6,1 Prozent [+ 2,3], die FDP kann 10,2 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen [+ 5,1]. Auch im Freistaat ist die Alternative für Deutschland - AfD die große Gewinnerin, mit 12,4 Prozent der Stimmen, was einem Plus von 8,1 Prozent entspricht.

10. März 2020 – CSU verbietet alle Parteiversammlungen

München - Freistaat Bayern • Der Generalsekretär der CSU verbietet alle Parteiversammlungen.
